

Volkvertretung und Gesetzlichkeit

Abgeordnete helfen

anspruchsvolle Aufgaben lösen

ERHARD KRACK, Mitglied des Ministerrates der DDR
und Oberbürgermeister von Berlin — Hauptstadt der DDR —

Auf der Beratung des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR mit den Vorsitzenden der Räte der Kreise am 1. und 2. März 1984 wurde auf die neue Qualität in der Arbeit der örtlichen Staatsorgane bei der Weiterführung der auf das Wohl des Volkes, die Stärkung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens gerichteten Politik orientiert. Wie Genosse Stoph hervorhob, hängt es in entscheidendem Maße vom Wirken der örtlichen Staatsorgane ab, „mit welcher Effektivität die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung durchgeführt werden. Sie sind also bedeutsame Schaltstellen im System des demokratischen Zentralismus und tragen als unmittelbare Bindeglieder zu unseren Bürgern wesentlich zur Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie bei“.¹

Die Abgeordneten der Hauptstadt haben besonders in Vorbereitung der Kommunalwahlen und des 35. Jahrestages der DDR große Anstrengungen unternommen, um diesen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Sie haben sich das Ziel gestellt, mit ihrer Arbeit einen hohen Leistungsanstieg zu erreichen und die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Wohnverhältnisse unserer Bürger weiter spürbar zu verbessern. Enge Beziehungen der Volksvertreter zu den Arbeitskollektiven und den Bürgern helfen mit, das Vertrauen in die Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung weiter zu festigen und die demokratische Mitarbeit an der Vorbereitung der Tagungen der örtlichen Volkvertretungen sowie der Verwirklichung ihrer Beschlüsse zu aktivieren. Richtschnur für die Tätigkeit der Abgeordneten der Hauptstadt sind die Maßstäbe der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED und der XV. SED-Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin.²

Auf ihrer 11. Tagung am 9. Dezember 1983 hatte die Stadtverordnetenversammlung von Berlin den Volkswirtschaftsplan 1984 der Hauptstadt beschlossen. In Vorbereitung auf diese Tagung studierten die Abgeordneten in Kombinat, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen neue Erfahrungen und halfen, sie zu verallgemeinern. Mit den Werktätigen wurden die anspruchsvollen Aufgaben für das Planjahr 1984 und die Zielstellungen im sozialistischen Wettbewerb beraten. Die Hinweise und Vorschläge brachten die Abgeordneten in die Beschlüsse der Volkvertretung ein. Mit dieser Arbeitsweise verwirklichen wir die in § 5 Abs. 3 GöV festgelegten Prinzipien der Tätigkeit der örtlichen Volkvertretungen, die sich nach unseren Erfahrungen in der Praxis bewährt haben. Wir sehen darin wesentliche Möglichkeiten, die Qualität und Massenwirksamkeit aller Beschlüsse der Volkvertretung — und speziell des Beschlusses über den Volkswirtschaftsplan — zu erhöhen. Die Abgeordneten werden rechtzeitig über den Stand der bisherigen Arbeit in den jeweiligen Bereichen, über die politisch-ideologische Zielstellung der zu fassenden Beschlüsse und über die beabsichtigten Lösungswege informiert. In der langfristigen konzeptionellen Arbeit des Magistrats ist daher auch das Zusammenwirken mit den Kommissionen zur Vorbereitung der Beschlüsse der Volkvertretung ein bewährter Weg, um die wirksamste Erfüllung der gestellten Aufgaben zu erreichen.

Ständige Kommissionen leisten aktive Arbeit

Eine wichtige Rolle in der Arbeit der örtlichen Volkvertretungen zwischen den Tagungen spielen die 16 ständigen Kommissionen, in denen gemäß § 14 Abs. 2 GöV Abgeordnete, Nachfolgekandidaten und berufene Bürger in unterschiedlichen Aufgabenbereichen tätig werden. Die Mitglieder der Kommissionen sind in die Vorbereitung der Beschlüsse, deren Durchführung und Kontrolle einbezogen. Die ständigen Kommissionen konzentrieren sich vor allem darauf, gemeinsam mit den Arbeitskollektiven den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und seine ökonomische Verwertung durch Spitzenleistungen zu beschleunigen, die Produktion von hochwertigen Konsumgütern zu steigern, Energie, Rohstoffe und

Material einzusparen sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen weiter zu verbessern.

Verstärkt widmet sich z. B. die Ständige Kommission Industrie und territoriale Rationalisierung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik in den Berliner Kombinat und Betrieben. Dazu wurden in 12 Großbetrieben die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften der DDR bei der Verwirklichung der ökonomischen Strategie des X. Parteitag der SED eingeschätzt. Gute Erfahrungen — beispielsweise die zeitweilige Delegation von Wissenschaftlern in Betriebe — werden weitervermittelt.

Hohe Anforderungen erwachsen den Volkvertretungen und ihren Abgeordneten aus der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms. Auch 1984 wird in Berlin — wie die XV. SED-Bezirksdelegiertenkonferenz sehr deutlich zeigte — zielstrebig der Neubau, die Rekonstruktion und die Modernisierung von Wohnungen fortgesetzt. Die bisher höchsten Wachstumsraten sind für die Instandhaltung und Instandsetzung von Wohnungen vorgesehen. Vor allem die Mitglieder der Ständigen Kommissionen Bauwesen und Investitionen, Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft sowie Finanzen und Preise unterstützen die Baukollektive bei der Leistungserhöhung, der Verbesserung der Effektivität und Senkung der Kosten. Die Ständige Kommission Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft hat sich eingehend mit der Modernisierung in bewohnten Häusern im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain beschäftigt. Die Abgeordneten halfen mit, dabei auftretende Probleme gemeinsam mit den Bauarbeitern und Mietern zu lösen. Die Erfahrungen daraus vermittelten sie anderen Stadtbezirken.

Große Aufmerksamkeit der Volksvertreter gilt den Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger. Die Mitglieder der Ständigen Kommission Arbeiterversorgung und Speisewirtschaft fördern den Erfahrungsaustausch zwischen den Betrieben und Einrichtungen zur guten Versorgung der Werktätigen, insbesondere mit einem schmackhaften warmen Essen in allen Schichten.

In ihrer Tätigkeit werden die Abgeordneten in den ständigen Kommissionen von 98 berufenen Bürgern unterstützt. Diese Bürger, die gemäß § 14 Abs. 2 GöV von der Volkvertretung als Mitglied der Kommission gewählt werden, haben in den Kommissionen die gleichen Rechte und Pflichten wie die Abgeordneten und Nachfolgekandidaten. Ihre Fachkenntnisse und ihre Erfahrungen aus sozialistischen Produktionsbetrieben und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens werden bei der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse der Volkvertretung wirksam genutzt.

Wirken der Abgeordneten in den Betrieben und Wohngebieten

Wichtiges Bindeglied zwischen den Werktätigen und den Volkvertretungen sind die in Kombinat und Betrieben bestehenden Abgeordnetengruppen, denen Mitglieder von Volkvertretungen verschiedener Ebenen angehören. Die Arbeit dieser Gruppen zielt darauf, alle betrieblichen und territorialen Möglichkeiten und Ressourcen für die volkswirtschaftliche Leistungs- und Effektivitätsentwicklung auszunutzen. Zugleich erschließen sie Potenzen für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und aller Bürger unserer Stadt.

Hohes gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein zeigt sich auch in den vielfältigen Initiativen der Abgeordneten bei der Planerfüllung und in der massenpolitischen Arbeit. Das reicht von der aktiven Einflußnahme als Abgeordneter im eigenen Betrieb bis zu persönlichen Verpflichtungen. So leisten unsere Stadtverordneten in den Betrieben eine engagierte Arbeit zur Entwicklung der Konsumgüterproduktion. Große Verdienste haben sich auch Stadtverordnete aus Baubetrieben bei der Vermittlung guter Erfahrungen im stadt-

1 Vgl. W. Stoph, „Aufgaben der örtlichen Räte bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitag der SED“, NJ 1984, Heft 4, S. 122.

2 Vgl. E. Honecker, Diskussionsrede auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1983; W. Felfe, Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee der SED auf seiner 7. Tagung, Berlin 1983; E. Honecker, Aus dem Schlußwort auf der XV. SED-Bezirksdelegiertenkonferenz der Hauptstadt, ND vom 13. Februar 1984, S. 3; K. Naumann, Bericht an die XV. SED-Bezirksdelegiertenkonferenz der Hauptstadt, Berliner Zeitung vom 13. Februar 1984, S. 5 ft.